

## **Antrag**

**der Abgeordneten Franziska Rath, Karl-Heinz Warnholz, Dr. Jens Wolf,  
Jörg Hamann, Wolfhard Ploog (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Hamburg braucht jetzt ein weiteres Frauenhaus – Senat soll f & w fördern und wohnen AöR Neubau errichten lassen**

Die Aneinanderreihung von Absichtserklärungen ist ermüdend. Über die Notwendigkeit eines weiteren Frauenhauses besteht zwar mit Rot-Grün Einigkeit, allerdings scheinen der Senat und die Regierungsfractionen die Dringlichkeit des Themas nicht erfassen zu wollen. Bereits in den Haushaltsberatungen hat die CDU-Fraktion daher mit ihrem Antrag „Senat muss sein Engagement diesbezüglich erhöhen“ (Drs. 21/15264) dargelegt, dass aufgrund der Inanspruchnahme der vorhandenen Plätze von zum Teil zu über 100 Prozent nicht die Zeit ist, in Beratungsgesprächen regelmäßig festzustellen, dass aufgrund der angespannten Lage am Immobilienmarkt die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zeitintensiv werden wird. Bereits die Suche nach einem Ersatz für die Tagesaufenthaltsstätte für Obdachlose in der Hinrichsenstraße durch das städtische Unternehmen f & w fördern und wohnen AöR (f & w) hat nach gut zwei Jahren die Erkenntnis gebracht, dass das Unternehmen die benötigten Räumlichkeiten nun selbst bauen muss, da passende Mietangebote am Markt nicht existieren. Es ist zu erwarten, dass am Ende der Gespräche über die Einrichtung eines neuen Frauenhauses dieselbe Erkenntnis stehen wird. Um die Zeit bis zum Erkenntnisgewinn deutlich abzukürzen und die Einrichtung eines weiteren Frauenhauses noch im Jahr 2020 möglich zu machen, soll f & w sofort mit den zuständigen Stellen die Errichtung eines Neubaus samt möglichem Standort prüfen.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. f & w fördern und wohnen AöR in Abstimmung mit den zuständigen Stellen die Errichtung eines weiteren Frauenhauses mit 30 Plätzen prüfen zu lassen,
2. in einem transparenten Verfahren einen passenden Träger für das neue Frauenhaus zu suchen,
3. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2019 Bericht zu erstatten.